

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 54

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Donnerstag, den 5. März

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung wollen eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer einführen sowie den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern regeln.

* In den Steuervorlagen der Regierung wird die Absicht angekündigt, die Hauszinssteuer als dauernde Einrichtung zu behalten und vom 1. April 1926 an die Miete auf die Friedenshöhe zu bringen.

* Die nächste Sitzung des Reichstages findet am Freitag, 3. März, statt.

* Im Preussischen Landtag fand eine Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten statt, bei welcher der Präsident des Hauses Bartels die Gedankrede hielt.

* Zweifellos infolge der durch den Kurdenaufstand entstandenen Schwierigkeiten ist die türkische Regierung in Ankara zurückgetreten.

Höhere Bier- und Tabaksteuer.

Daß wir mit einer Erhöhung der Steuern auf Genussmittel, und zwar auf die des Massenkonsums, zu rechnen hatten, war nach der Unterzeichnung des Londoner Pakts eine Selbstverständlichkeit geworden. Dort ist nämlich ausdrücklich eine starke Heraushebung dieser Steuern vorgesehen und die daraus einkommenden Beträge unterstehen der Verwaltung und der Kontrolle einer besonderen internationalen Kommission; es ist auch genau festgelegt, wie hoch die Erträge aus diesen Steuern sein müssen.

Schon seit Jahren ist namentlich England der Ansicht, daß bei uns die Steuern besonders auf Bier, Branntwein und Tabak weit niedrigere seien, als das in den Entente-Ländern der Fall sei. Schon auf der Londoner Konferenz des Jahres 1921 hatte Lloyd George dem nach London geeilten deutschen Außenminister Simon gegenüber auf die Erhöhung dieser Besteuerung hingewiesen als eine der Möglichkeiten, die im Versailler Vertrag von Deutschland übernommenen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Diese englische Lieblingsidee ist dann drei Jahre später durch das Londoner Abkommen zur Erfüllung gebracht worden.

Die amtliche Begründung, die der Ankündigung dieser Steuererhöhung beigegeben wird, begnügt sich mit der Feststellung, daß der Reichshaushalt für 1926 mit Hilfe der bestehenden Steuern nicht mehr balanciert werden könnte, selbst bei äußerster Drosselung der Ausgaben nicht. Des weiteren stellt sich die Regierung auf den Standpunkt, daß die Besteuern nicht mehr erhöht werden könnten, ein stärkeres Anzeichen dieser Steuerschraube zu höheren Erträgen nicht mehr führen würde. Das wird natürlich bestritten werden, ob mit Recht oder mit Unrecht, ist natürlich gar nicht zu entscheiden. Aber wir klammern uns noch alle viel zu sehr an alte Steuertheorien, wie es beispielsweise die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern ist. Die Überwälzbarkeit ist bei direkten Steuern z. B. ebenso möglich bzw. unmöglich wie bei indirekten Steuern. Und über den Begriff der verschiedenen Klassifizierung bei den Artikeln des Massenkonsums herrscht ein ebenso heftiger Streit wie über die Steuermethode. Beispielsweise schlägt der Londoner Pakt ein Tabakhandelsmonopol vor, wie es ja zum Leidwesen der Raucher in einer ganzen Reihe von außerdeutschen Ländern besteht und früher in den deutschen Reichsländern Etsch-Verträgen bestand. Das will aber die Regierung vorläufig wenigstens nicht einführen, sondern will die Steuerhöhe bei Zigaretten- und Pfeifentabak von 20 auf 25 % des Kleinverkaufspreises, bei Zigaretten und feingehacktem Rauchtabak von 40 auf 50 %, bei Rauchtabak von 5 auf 10 %, bei Schnupftabak von 10 auf 15 % des Kleinverkaufspreises heraufsetzen. Ganz enorm ist die Steigerung des Zollfußes auf die Einfuhr unbearbeiteter Tabakblätter, der z. Bt. 30 Mark beträgt; er wird auf 80 Mark erhöht, was wohl eine starke Vertiefung, namentlich der Zigaretten aus ausländischem Tabak, herbeiführen wird.

Doch nicht nur die Raucher sollen mit neuen Steuern gequält werden, sondern weit mehr noch die Biertrinker. Denn für die Bierbesteuerung sieht der Entwurf eine glatte Verdoppelung der bisherigen Sätze vor. Da wird sofort die Frage aufgeworfen werden, ob diese Biersteuererhöhung nicht „ergänzt“ werden muß durch eine gleichzeitige Erhöhung auch der Branntweinsteuern. Es ist nämlich eine alte steuergeschichtliche Erfahrung, daß die Bierbrauer eine solche Erhöhung verlangen jedesmal, wenn ihnen eine neue Steuerlast auferlegt wurde, um dadurch die Abwanderung zum Branntweinmonopol zu verhindern. Abgesehen von dem Monopolplan für Branntweinvertrieb herum und vielleicht werden wir eines schönen Tages noch ein Branntweinmonopol erhalten; übrig zu sagen, daß die Anregungen hierzu aus Ententekreisen kommen.

Die Frage der Bierbesteuerung hat bekanntlich immer zu starken Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd in Deutschland geführt, da hier nicht bloß verschiedene wirtschaftliche Verhältnisse, sondern auch starke steuerrechtliche Differenzen herausgebildet worden waren. Parlamentarisch liegt die Sache so, daß natürlich die Sozialdemokratie als Oppositionspartei beständig Sturm laufen wird gegen die steuerliche Höherbelastung des „Glasen Bier und der Pfeife Tabak des kleinen Mannes“, worüber bekanntlich Bebel vor zwanzig Jahren im Reichstag eine ausführliche Rede hielt. Die vor einigen Wochen angekündigte Reform der sogenannten direkten Steuern bringt aber gleichzeitig manche Erleichterungen, namentlich für die höchsten Steuerklassen. Da wird es der Regierung parlamentarisch nicht viel nützen, wenn sie in der Begründung zu dem neuen Entwurf betont, daß die Gegenstände des notwendigen Verbrauches wie etwa Salz und Zucker einer Höherbelastung nicht unterworfen werden sollen. Auch in der Mehrheit, über die die Regierung im Reichstag verfügt, werden wohl starke Auseinandersetzungen nicht ausbleiben.

Reichspräsidentenwahl 29. März.

Neuwahl für Ebert in drei Wochen.

Berlin, 3. März.

In der Reichskanzlei fand heute unter Vorsitz des Reichskanzlers sowie unter Teilnahme des Reichsministers des Innern Schiele eine Besprechung mit den Parteiführern über den Zeitpunkt der Neuwahl des Reichspräsidenten statt. Von den Reichstagsparteien nahmen an der Besprechung teil die Abgeordneten Müller-Franken, Dittmann, Graf Westarp, Cambach, Fehrenbach, Becker-Arnsherg, Scholz, Zapp, Koch, Erkelenz, Leicht. Es wurde der 29. März als Wahltag in Aussicht genommen. Der Wahltermin wird nach dem Gesetz durch einfachen Beschluß des Reichstages festgelegt. Dieser Beschluß des Reichstages soll am Freitag, den 6. März, erfolgen. Für den Fall, daß ein zweiter Wahlgang sich als notwendig erweisen sollte, ist der 26. April als Termin in Aussicht genommen, weil gegen die Wahl an einem früheren Feiertage oder einem zum öffentlichen Ruhetage zu bestimmenden Werktag das Bedenken erhoben wurde, daß dann kirchliche Feste verlegt würden oder die Wahltagitation in die Karwoche verlegt würde.

Die vielfach lautgewordene Ansicht, daß für die Festsetzung des Wahltermins ein besonderes Gesetz nötig sei, wird von unterrichteter Stelle für unzutreffend erklärt. Es genügt hierfür ein einfacher Beschluß des Reichstages. Die Reichsregierung wird dieser Rechtsauffassung entsprechend durch ein Schreiben den Reichstag auffordern, einen solchen Beschluß zu fassen.

Trauerfeier des Preuß. Landtages.

(17. Sitzung.)

tt. Berlin, 3. März.

Der Tisch des Präsidiums ist mit Lorbeerzweigen und schwarzem Flor bedeckt. Am Ministerisch: Ministerpräsident Marx und die übrigen Mitglieder des noch die Geschäfte führenden bisherigen Kabinetts. Sämtliche Fraktionen des Landtags sind vertreten, nur die Bänke der Kommunisten sind leer. Landtagspräsident Bartels eröffnet die Trauerkundgebung und nimmt sofort, während die Anwesenden sich von den Plätzen erheben, das Wort zu seiner Gedankrede.

Präsident Bartels führte u. a. aus:
Nach einem kurzen, aber qualvollen Krankenlager ist am 28. Februar der Reichspräsident Friedrich Ebert aus dem Leben geschieden. Im ganzen Reiche und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus hat dieser Schicksalsschlag tiefe Trauer und warme Anteilnahme erweckt. Im besten Mannesalter, auf der Höhe seiner Schaffenskraft, hat der Tod dem Wirken des ersten Präsidenten der Deutschen Republik ein Ziel gesetzt. Sechs Jahre hat Ebert sein verantwortliches Amt bekleidet. Sechs Jahre schwerster Aufgaben für das Reich, in denen die allergrößten innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten zu lösen waren. Mit Festigkeit und Besonnenheit hat er es verstanden, das Schicksal des deutschen Volkes in den schlimmsten Nachkriegsjahren entscheidend zu beeinflussen. Den anerkennenden Worten in der Kundgebung der Reichsregierung: „Friedrich Ebert hat dem deutschen Volke und dem deutschen Vaterlande in schwerster Zeit als aufrechter Mann gedient“, schließt sich der Landtag als Vertreter des preussischen Volkes in dankbarer Erinnerung an den Verstorbenen voll an. In der Geschichte des Wiederaufbaues nach dem verlorenen Weltkriege wird die Persönlichkeit Friedrich Eberts einen ehrenvollen Platz finden! Der erste deutsche Reichspräsident ist tot! Möge das deutsche Volk zu seinem Nachfolger einen Mann wählen, der mit gleicher Liebe und Hingabe seinem Vater-

namentlich, wenn die Regierung es rubia mit ansieht, daß der springende Punkt, nämlich die Anordnungen des Londoner Abkommens, umgangen werden. Sie hätte sich vielleicht eine Mehrheit schaffen können, wenn sie unter stärkster Hervorhebung dieses Standpunktes alle jene Parteien zur Annahme der Entwürfe zwang, die im August vergangenen Jahres auch den Dawes-Gesetzen zugestimmt hatten. So wird der Entwurf im Reichstag nun wohl Gegenstand erbitterter Kämpfe werden; vielleicht wird sich die neue Regierungskoalition damit zum erstenmal vor die Notwendigkeit gestellt sehen, sich unpopulär zu machen.

Finanzausgleich — Hauszinssteuer.

Zugleich mit den Vorschlägen für die Erhöhung der Bier- und Tabakbesteuerung ist der Gesetzentwurf zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern fertiggestellt worden. Bis zum 1. April d. J. müssen die Bestimmungen über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gesetzlich festgelegt sein. Die jetzt angestrebte Regelung hebt die bisher vorgesehene Befristung der Hauszinssteuer auf und will sie in den Rahmen der Steuerquellen dauernd eingliedern. Das dem Reichrat und Reichstag zugegangene Finanzausgleichsgesetz gibt den Ländern und Gemeinden vom 1. April 1926 ab das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und damit die frühere Vollberechtigung. Der Anteil des Reiches, der

aus dem Aufkommen dieser Steuern bisher auf 10 % beschränkt war, soll künftig auf 25 % erhöht werden. Als Ausgleich wird den Ländern im Rechnungsjahr 1925 eine Beteiligung an der Umsatzsteuer von 30 % angeboten, ein Angebot, das ab 1926 wieder erlischt. Als wesentlicher Faktor der Durchführung des Finanzausgleichs wird die Hauszinssteuer angesehen. Die Hauszinssteuer soll dauernd

lande dient! Möge das deutsche Volk vor weiteren Schicksalsschlägen verschont bleiben, damit der begonnene Aufstieg fortgeschritten kann und für unser gequältes Land und Volk endlich eine glücklichere, sorgenfreiere Zeit anbricht!

Die Trauerrede wurde ohne jede Unterbrechung angehört. Der Präsident schlug dann vor, die Sitzung zum Zeichen der Trauer abzubreaken und die nächste am Donnerstag abzuhalten mit der Tagesordnung: Anträge zum Dortmunder Grubenunglück. Das Haus stimmte dem Antrage zu. Nach Schluß der Sitzung erschien der Abg. Pried (Komm.) im Saale und verlangte das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident verweigerte ihm aber das Wort. Pried brach darauf in heftige Worte aus, verließ aber schließlich auch den Saal.

Vor der letzten Fahrt.

Berlin, 3. März.

Die Reichshauptstadt hat alle Vorbereitungen getroffen, um dem verstorbenen Reichspräsidenten die letzten Ehren würdig erweisen zu können. Die Straßen, durch die der Trauerzug geht, sind mit Tannengrün ausgeschmückt, die Laternen sind mit Trauerflor umgeben worden. Die

Trauerfeier im Palais des Reichspräsidenten beginnt mit dem Trauermarsch aus der „Griechen“ von Beethoven, den das Orchester der Berliner Staatsoper unter Leitung von Erich Kleiber ausführt. Es folgt ein Trauergefang aus dem 16. Jahrhundert auf den 75. Psalm, an den sich die Rede des Reichskanzlers Dr. Luther anschließt. Zuletzt singt der Chor der Staatsoper, den Professor Rüdell dirigiert, das Grablied von C. M. von Weber. Sodann wird der Sarg unter Mozarts „Maurerischer Trauermusik“ zu dem ohne Überdachung altarartig ausgestalteten Trauerwagen geführt.

Die Trauerparade der Reichswehr.

Die sich der Trauerfeier im Präsidentenpalais anschließen wird, wird kommandiert von Generalmajor Siehr, Kommandant von Berlin. Sie besteht aus einer preussischen Schwadron, einem Infanteriebataillon, das aus je einer preussischen, bayerischen, württembergischen und badischen Kompanie gebildet wird, einer Küstenwehrkompanie und einer Batterie.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben einen Aufruf erlassen, nach dem am 5. März, dem Tage der Beisetzung in Heidelberg,

15 Minuten Arbeitsruhe

eintreten soll, und zwar soll im ganzen Lande zwischen 11 Uhr und 11 Uhr 15 Minuten die Arbeit ruhen. Die Bureaus aller preussischen Behörden werden am Mittwoch bereits um 1 Uhr geschlossen. Fast alle Landesregierungen haben für Mittwoch oder Donnerstag Landestrauer angeordnet, so daß öffentliche Lustbarkeiten aller Art an diesen Tagen verboten sind.

Die Bestattung auf Staatskosten

Ist vom Reichsrat genehmigt worden. Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen wies darauf hin, daß die Reichsregierung es für eine Ehrenpflicht gehalten habe, die aus Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten entstehenden Kosten auf die Reichskasse zu übernehmen. Sie habe deshalb, um der Angelegenheit eine würdigere Form zu geben, ein ganz besonderes Gesetz vorgelegt. Der Minister stellte fest, daß der Reichsrat das Gesetz einstimmig angenommen hat.

aufrecht erhalten werden, jedoch neben der Förderung der Bautätigkeit auch zur Durchführung des Zinsendienstes für Hypotheken — also zur Aufwertung — verwendet werden. Der Entwurf setzt ferner im allgemeinen Interesse die Erreichung der vollen Friedensmieten auf den 1. April 1926 fest.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Die beschleunigte Einbringung des Gesetzentwurfs über den endgültigen Reichswirtschaftsrat soll mit aller Energie betrieben werden. Es entspricht dies dem Standpunkt, auf den alle Fraktionen des Reichstages in einer Besprechung mit dem Vorstände des vorläufigen Reichswirtschaftsrats sich gestellt haben. Auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus hält den endgültigen Reichswirtschaftsrat für dringend erforderlich, weil die gegenwärtigen Verhältnisse nicht befriedigen können.

Für Erhöhung der Invalidenrenten.

Dem Reichstag ist eine Regierungsvorlage über Zuschlagsteigerungen für Rentner aus der Invalidenversicherung zugegangen. Danach werden bei der Invalidenrente 10 % der seit dem 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge als Steigerungsbetrag gewährt. Ferner wird für jede ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarkte der bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen 3, 4 und 5 ein Steigerungsbetrag gewährt, der für jede Beitragsmarkte in der Lohnklasse 3 4 Pfennig, in der Lohnklasse 4 8 Pfennig und in der Lohnklasse 5 12 Pfennig beträgt. Das Gesetz soll ab 1. April 1925 in Kraft treten.

Die Regierungstrife in Preußen.

Der Vorstand der deutschen Landtagsfraktion beschäftigte sich mit einem neuen Vorschlag des preußischen Ministerpräsidenten Marx über eine Regierungsbildung in Preußen auf breiter Grundlage. Man war sich darin einig, daß man ein Kabinett mit dem Minister Seevering nicht billigen könne, daß man vielmehr an dem seinerzeit in dem Antwortschreiben auf die Anregung zur Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft niedergelegten Standpunkt festhalten werde. Die deutsche Landtagsfraktion schloß sich dem Vorschlag des Vorstandes an. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten Marx ging dahin, das Kabinett zusammenzusetzen aus zwei deutschen Parteien, zwei Zentrumsmitgliedern, einem deutschen Volksparteiler, einem Demokraten und zwei Sozialdemokraten, unter ihnen Seevering.

Hitters Bewährungsfrist.

Nach einer Meldung aus München soll Adolf Hitler wegen seines ersten politischen Auftretens nach der Entlassung aus der Haft in den nächsten Tagen vor den bayerischen Minister des Innern berufen werden. Der Minister will Hitter darauf aufmerksam machen, daß ihm die Bewährungsfrist unweigerlich entzogen werde mit nachfolgender Ausweisung, wenn er sich in der bisherigen Weise weiter politisch betätige.

Italien.

× Italienische Maßnahmen gegen die Börsenspekulation. Die italienische Regierung hat ein Gesetz erlassen, nach dem alle diejenigen Personen, welche sich mit Börsenoperationen beschäftigen, einen Vorschlag von einem Viertel des Tagespreises der zum Verkauf bestellten Wertpapiere zu entrichten haben. Ferner bestimmt die Regierung, daß das nationale Wechselinstitut, das den Wechselverkehr zwischen Italien und dem Auslande zu überwachen hat, von allen Banken, die das Wechselgeschäft betreiben, alle ihm notwendig erscheinenden Einzelheiten und Auskünfte verlangen kann. Diese Maßnahmen sind in Verbindung mit dem ständigen Sinken der italienischen Lira zu bringen.

Rumänien.

× Deutschenheute in Bukarest. Nach Mitteilung italienischer Blätter fanden in Bukarest Demonstrationen gegen Deutschland statt. In zahlreichen Versammlungen wurde gegen ein Nachgeben gegenüber Deutschland protestiert. Demonstranten und Teilnehmer mehrerer Versammlungen drangen bis zum Außenministerium vor. Die Sprache der Presse ist von maßloser Erregung über den deutschen Schritt bei der Reparationskommission.

Türkei.

× Rücktritt der Regierung. Aus Angora wird gemeldet, daß das Kabinett zurückgetreten sei. Bestätigt sich diese Nachricht, so ist zweifellos der Kurdenaufstand als Ursache für den Rücktritt anzusehen. Das türkische Kabinett wurde von Fevzi Bey geleitet, der gleichzeitig Kriegsminister war. Das Auswärtige lag in der Hand von Ragha Bey.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach einer offiziellen Bekanntmachung der Repro sind sämtliche am 28. Februar d. J. fälligen Darlehen-Zahlungen von Deutschland geleistet worden.

Berlin. Wie amtlich mitgeteilt wird, findet die nächste Sitzung des Reichstages nicht am Donnerstag, sondern erst Freitag, 6. März, statt.

Berlin. Im Rechtsausschuß des Preussischen Landtages wurden die Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Köln. Der frühere österreichische Bundeskanzler Seipel weilt gegenwärtig im Rheinland wo er in mehreren Städten politische Vorträge über die Neugestaltung Europas gehalten hat.

Rom. Von amtlicher italienischer Seite werden die Nachrichten über eine schwere Erkrankung Mussolinis demontiert. Mussolini leide nur an einer hartnäckigen Grippe.

Vari. Hier tötete ein Mann namens Bolton Stamola, bei Durazzo geboren, den ehemaligen albanischen Finanzminister Karacucci mit drei Revolvergeschüssen.

Belgrad. Wie die „Pravda“ aus Sofia meldet, wurde der Erste Sekretär der Stadtverwaltung, Wassiliew, ein hervorragendes Mitglied des mazedonischen Komitees, am Friedrichsplatz von Sofia mitschuldig erschossen. Die Täter sind entkommen.

Kairo. Am 31. Januar wurden zwei ägyptische Studenten aus einem Zuge heraus verhaftet, da sie im Verdacht standen, den Sirdar ermordet zu haben. Nun gestand einer der Verhafteten ein, den Sirdar ermordet zu haben.

Beschluß der Botschafterkonferenz.

Nähere Aufklärung notwendig.

Paris, 3. März.

Die Botschafterkonferenz tagte heute. Nach Schluß der Sitzung wurde ein offizielles Communiqué herausgegeben: „Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung den Bericht der interalliierten Kontrollkommission zur Kenntnis genommen. Es wird beschlossen, nähere Aufklärung über gewisse Punkte des Berichtes von dem interalliierten Militärkommissar zu erbitten. Ein neuer Bericht (d. h. ein neues Gutachten) wird im Laufe der Woche ausgearbeitet und der Botschafterkonferenz bei ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden. Die Sitzung der Botschafterkonferenz, in der sie sich erneut mit dem Kontrollbericht befassen wird, ist auf kommenden Freitag festgesetzt.“

Die Geschäfte der Pfandbriefanstalt.

Berlin, 3. März.

Der preussische Ausschuß zur Untersuchung der Geschäfte der Landespfandbriefanstalt trat gestern nachmittag wieder zusammen. Der Vorsitzende gedachte bei Beginn der Sitzung, während die Ausschußmitglieder sich von den Plätzen erhoben (die Kommunisten hatten vorher den Saal verlassen) des Todes des Reichspräsidenten. Dann verlas der Schriftführer Nibel (Dem.) aus den Akten einen langen Bericht über den Schriftwechsel zwischen der Landespfandbriefanstalt und dem Konsortium v. Bismarck. Aus den Schuldbüchern ergibt sich, daß für drei verschiedene Geschäfte immer derselbe Wechsel von 530 000 Mark gegeben worden ist. Der als Zeuge vernommene

Herr v. Carlowitz,

ein Mann von 28 Jahren, war bis Oktober 1924 Schwiegersohn des Herrn v. Bismarck. Er war Rittergutsbesitzer und bezeichnet sich jetzt als berufslos. Von den Reisespesen für die Fahrt nach London hat er 5000 Mark erhalten, die er in vier oder fünf Tagen verbraucht hat. Bücher führte auch er nicht. Von den 530 000 Mark, die von dem Konsortium für persönliche Zwecke verbraucht wurden, soll er allein 175 000 Mark bekommen haben. Für 75 000 Mark kaufte er eine Brennerei, während er den Rest in sein Gut gesteckt haben will. Die Sicherheit für die Rückzahlung der Pfandbriefkredite hätte einzig und allein Herr v. Bismarck übernommen. Herr v. Carlowitz hat, wie er zugibt, keinen Pfennig eigenes Geld in das Hausgeschäft hineingesteckt. Es wurde nunmehr der wiedergewählte

Mittlergutbesitzer v. Bismarck

gehört. Er gab einen zusammenfassenden Bericht über das Zustandekommen des Hauptgeschäftes; dieser Bericht deckte sich im wesentlichen mit den bisherigen Feststellungen. Auf verschiedene Fragen erklärte der Zeuge, daß er wohl von den Hauptschulden bei der Pfandbriefanstalt erfahren habe, in allen Einzelheiten aber nicht unterrichtet worden sei. Von der Zahlungswichtigkeit des Geschäftes habe er zunächst nichts gewußt, ebenso nicht von den großen Summen, die die Herren v. Karstedt, v. Carlowitz und v. Ebborf für persönliche Zwecke verwendet hätten. Die Frage, ob der Direktor der Landespfandbriefanstalt irgendeinen persönlichen Vorteil aus den Geschäften gehabt habe, verneint er gleich den übrigen Zeugen.

Präsidentenschicksale.

Vorzeitig gestorben, ermordet oder abgedankt.

Der erste Präsident des Deutschen Reiches ist in den Siedeln gestorben. Der Tod hat seinem Leben ein Ziel gesetzt, ehe das Ziel, der Endtermin seiner Amtszeit, gekommen war. Friedrich Eberts Schicksal erinnert in dieser Hinsicht an das Schicksal Harding's, des Vorgängers des jetzt amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten. Harding hatte im Weißen Hause zu Washington den sterbenskranken Wilson kaum erst abgelöst, als ihn der Tod zur Strecke brachte. Geht man noch weiter zurück, so kann man zum Vergleich mit dem raschen Sterben Friedrich Eberts auch den plötzlichen Tod Felix Faures, den die Französische Republik an ihre Spitze gestellt hatte, heranziehen. Von Faures letzten Stunden wurde, als sie gekommen waren, allerlei Geheimnisvolles erzählt, aber was sie ausgefüllt hatte, war weniger geheimnisvoll als peinlich gewesen.

Hat das Leben Eberts, Hardings und Faures auf natürliche Weise ein Ende gefunden, so ist der Lebensfaden anderer Staatspräsidenten, die noch in reger Amtstätigkeit das ihnen anvertraute Staatsgeschiff lenkten und sich bei ihren Volksgenossen des höchsten Ansehens erfreuten, von rauher Mörderhand durchschnitten worden. Drei Namen sind es, die uns in diesem Zusammenhang ins Gedächtnis zurückgerufen werden: Abraham Lincoln, MacKintley und Sadi Carnot. Abraham Lincoln, der „große Präsident“ der Vereinigten

Staaten, der Mann, der die Negerflaverei aufgehoben hatte, wurde am 14. April 1865 in Fords Theater in Washington während der Vorstellung von einem fanatischen Südländer, dem Schauspieler J. Wilkes Booth, erschossen. MacKintley fiel im September 1901 während des Besuchs einer Ausstellung in Buffalo als Opfer des polnischen Anarchisten Gzolgosz, der ihn durch zwei Schüsse zu Boden streckte. Während des Besuchs einer Ausstellung wurde auch Sadi Carnot, Präsident der Französischen Republik, getötet; der Dolch des italienischen Anarchisten Caserio traf ihn, als er am Abend des 24. Juni 1894 in Lyon, wo er die Kolonialausstellung besichtigte, ins Theater fahren wollte.

Glücklicherweise braucht man nicht immer gleich an Tod und Mord zu denken, wenn man von vorzeitig abgebrochenen Amtsterminen von Staatspräsidenten spricht. In Frankreich besonders sind mehrere Präsidenten früher, als sie das nach den Vorschriften der Verfassung hätten tun müssen, freiwillig oder auch nicht ganz freiwillig aus dem Amte ausgeschieden, um sich dann in einem längeren Lebens zu erfreuen. Man braucht nur an den erzwungenen Rücktritt Alenandre Millerand's, der uns ja noch frisch in der Erinnerung ist, zu denken. Aber auch vordem schon gab es französische Präsidenten, die nicht „bis zu Ende adient“ hatten. Das gilt z. B. gleich von dem ersten Präsidenten der dritten Republik, dem klugen Staatsmann Thiers, der infolge eines Unabstimmens der Kammer auf seine Präsidentenwürde verzichtete. Auch der zweite Präsident, Marshall MacMahon, legte sein Amt nieder, ehe er dazu verpflichtet war. Genau so verhielt es sich dann mit Jules Grevy, dem dritten Präsidenten. Er wurde zweimal an die Spitze der Französischen Republik gestellt, mußte aber die zweite Amtszeit plötzlich abbrechen, weil sein Schwiegersohn Wilson, der langjährige Vorsitzende der Budgetkommission der Kammer, in einen Ordensschwindel verwickelt war. Erwähnt werden muß ferner Casimir Perier. Er war nur wenige Monate Präsident in Frankreich und schied eines Tages aus seinem Amte, ohne daß man recht wußte, warum. Und schließlich sei auch noch Paul Deschanel's gedacht, des „schönen Pauls“, der auch nur ganz kurze Zeit Präsident war und plötzlich infolge einer mysteriösen Nervenkrankheit abdanken mußte. Als ein Kuriosum sei zum Schluß noch mitgeteilt, daß zurzeit in Frankreich neben dem amtierenden Präsidenten Doumergue noch vier gewesene Präsidenten leben: Emile Loubet, Fallières, Poincaré und Millerand.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 5. März 1925.

□ Legitimationen für reisende Kaufleute im besetzten Gebiet. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: In den Kreisen der reisenden Kaufleute besteht vielfach die Meinung, die von den Polizeibehörden aufgestellten grünen Reiselegitimationskarten seien bei Reisen im besetzten Gebiet auch gegenüber der Besatzung als ausreichende Ausweise anzusehen. Zeitweilig sollen auch tatsächlich französische Kontrollorgane diese Ausweise nicht beanstanden haben. Neuerdings sollen aber Personen, die nur im Besitz von Reiselegitimationskarten waren, wegen Verstößen gegen die Verkehrsbestimmungen erheblichen Unannehmlichkeiten ausgesetzt gewesen und von französischen Militärgerichten zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt worden sein. Der preussische Minister des Innern weist daher die interessierten Kreise darauf hin, daß Reiselegitimationskarten nach den Verkehrsbestimmungen der Besatzung nicht als gültige Ausweise anerkannt werden, daß vielmehr der Besitz eines deutschen Reisepasses oder eines besonderen polizeilichen Ausweises für Reisen im besetzten Gebiet erforderlich ist.

□ Neue Bestimmungen über den Güterverkehr mit den westlichen Ländern. Mit Gültigkeit vom 1. März 1925 ab treten für den Güterverkehr mit den belgischen, französischen und luxemburgischen sowie mit den Saarbahnen über Frankreich (Gefäß-Verbringen) neue Bestimmungen in Kraft. Die bisher bestehenden Beschränkungen, Frachtaufschlag bis zur Grenze, Nachnahmeverbot usw. werden aufgehoben. Frachtaberweisungen sind daher wieder zulässig. Das gleiche gilt für die Nachnahmeforderungen, jedoch mit der Einschränkung, daß in der Richtung nach Belgien, Frankreich usw. die Nachnahme nach Eingang auf 200 und die Barzuschüsse auf 20 Mark beschränkt werden. In umgekehrter Richtung sind die Beträge auf 1000 und 100 belgische und französische Frank beschränkt.

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

37)

(Nachdruck verboten)

Frau Kiebling fand Franz's Aeußerung sehr unpassend. Manchmal war das junge Mädchen doch gar zu vorlaut und nicht ein bißchen gesetzt, wie es einer Pfarrerstochter zukommt.

Nach dem Kaffee machte man einen Rundgang durch den Hof.

„Na, Fritz, darf man gratulieren?“ flüsterte ihm die Freundin neckisch im Vorbeigehen zu und deutete mit den Blicken auf Helma Suderleith's breithüftige Gestalt, die von dem blauen Seidenkleid nach der neuesten Mode so eng umspannt war, daß jede Linie des Körpers bei ihren Bewegungen stark markiert wurde.

Helma hatte ja ein frisches, aber etwas gewöhnliches Gesicht mit breiter Nase und großem Mund. Das hellblonde Haar hatte sie sehr modern frisiert mit schrägem Scheitel und vielen Locken am Hinterkopf.

Ärgerlich kniff Fritz die Fränze in den Arm, ehe er sich der Gruppe der Herren anschloß. Herr Suderleith führte das Wort, kritisierte, tadelte, lobte.

„Ist ja ganz schön! Aber elektrisches Licht muß ein zeitgemäßer Hof unbedingt haben, wie es bei mir ist — in allen Ställen. Und was soll das unnütze Tausenhaus da mitten im Hofe? Das ist nur im Wege, das muß weg!“

Und die Frau Suderleith sagte zu der Frau Kiebling: „Neben unserem Milchleier ist ein Eiseller, der fehlt hier entschieden, und meine Helma ist gewohnt, daß —“

Fritz überließ es siedendheiß. Er hörte alles — Helma's Kritik, die eigenmächtigen, bevormundenden Anordnungen der Alten, die wichtigen Vergleiche mit ihrem Hofe. Wenn in Kleinreinsdorf alles so viel besser war, warum blieben sie denn nicht da? Er hatte sie wahrhaftig nicht gerufen! Und das niedliche Tausenhaus, das er selbst gezimmert und das Annelies vorhin erst so sehr bewundert hatte, das wurde sicher nicht entfernt, das blieb an seinem Plaz! Folterqualen litt er. Er schämte sich. Annelies, seine Annelies, mußte das alles mit anhören! Was dachte sie von die-

sen Leuten — und von ihm?

Lange suchte er ihr Auge. Doch sie sprach mit Fräulein Suderleith und lobte und bewunderte alles uneingeschränkt. Solch schönen Gutshof zu sehen, habe sie noch nie Gelegenheit gehabt, und solche schönen praktischen Ställe und das prächtige Vieh —

Ueberlegen lächelte da die Waise. „O, Fräulein Gräfin, da sollten Sie erst unser Kleinreinsdorf sehen!“

„Ich kann mir unmöglich denken, daß es etwas Schöneres als das hier gibt, Fräulein Suderleith.“

Dafür mußte er sie küssen! Und da es jetzt unmöglich war, würde er es morgen nachholen — aber gründlich. Er wollte sich mit ihr aussprechen und dann seine Eltern erluchen, ihn mit ihren Heiratsplänen zu versehen. Er war dem lieben Mädchen so dankbar für diesen Widerspruch, den sogar seine Mutter nicht gewagt, obwohl sie innerlich sehr erregt war. Er sah das an den zwei roten, scharf umrissenen Flecken, die auf ihren Wangen brannten.

In dem geräumigen Schweinestall, der jetzt besetzt wurde, tummelten sich Duzende der geschäftigen Porstentiere.

„Ach, die niedlichen Ferkelchen!“ rief Annelies erfreut.

Helma rümpfte die Nase. „Schweinezucht? Ach, die liebe ich gar nicht. Das ist mir nicht sympathisch — viel eher Pferdezucht, das ist feiner!“

„Mein Stedensperd ist aber gerade die Schweinezucht!“ entgegnete Fritz, und kampflustig blühten seine Augen das große, blonde Mädchen an. „Ich denke später den Betrieb noch zu vergrößern, da er sehr rentabel ist.“

„Ach, Herr Kiebling,“ — Helma hob die schweren Lider und sah ihn erstaunt an — „wenn ich es aber nicht mag?“

„Dennoch, Fräulein Suderleith, werden in Seesburg weiter Schweine gezüchtet!“ erwiderte er gelassen und kalt.

Fränze nickte. Dieses Hin und Her machte ihr unendliches Vergnügen.

Auch der reich bestellte Gemüsegarten wurde angesehen und der Obstgarten.

„Sie haben ja gar keine Pflirschbäume!“

Dafür aber die schönsten Kirschen, Birnen und Mehl.

„Aber die Scheunenvand dort wurde ausgezeichnet für Spalierpfläuche passen! Wir haben das so —“

„Ich habe bereits Wein angepflanzt!“

Fritz sprach sehr kurz. Helma Suderleith tat ja wirklich, als sei sie schon Herrin hier! Nun, da konnte sie lange warten! Er lächelte ein wenig, als sie ihm mit schlecht verhehltem Ärger ziemlich unvermittelt den Rücken zudrehte.

Mit großen Augen blickte Annelies um sich. Das war ja entzückend hier!

„Wie einzig schön muß das im Frühjahr sein, wenn alles blüht!“ rief sie begeistert.

„Ach, das Fräulein Gräfin denkt sich das alles so leicht!“ bemerkte Frau Suderleith. „Aber wieviel Arbeit gehört dazu —“

„O, es gibt doch nichts Schöneres, als auf dem Lande sein! Ich bin immer sehr froh, wenn wir unser Stadthaus verlassen können und ich in Bernhausen sein darf.“

„Meine Tochter denkt auch so. Sie will nicht fort. Darum hat sie im vorigen Jahre einen Leutnant, der bei uns im Quartier gelegen hat und sie durchaus heiraten wollte, einen Korb gegeben — und er war sogar adelig!“

„Das kann ich Ihrem Fräulein Tochter nachfühlen,“ pflichtete Annelies bei. „Hier hat sie ihr kleines Königreich für sich, ist Herrscherin! Und als Offiziersfrau? Sich immer fügen und wenden und drehen müssen, wie's die Frau Oberst wünscht oder die Frau Major — das ist schließlich nicht jedermanns Geschmack — ich paßte auch nicht dazu!“

„Aber Sie werden doch sicher einen Offizier heiraten,“ meinte Helma.

„Ich denke nicht daran! — Höchstens einen Reserveoffizier,“ sehte sie übermütig hinzu und lachte zu Fritz hinüber, der beglückt jedes ihrer Worte gehört hatte.

Helma war es doch sehr interessant, mit einer Gräfin zusammen zu sein. Sie war sehr lebenswürdig und lud Annelies bringend ein, sie bald mit Fräulein Mählers zu besuchen; sie wolle sie dann auch in ihrem Selbstfahrer abholen, die Damen brauchten nur einen Tag zu bestimmen. Und dann fragte sie Annelies nach ihrer Familie aus. Die Frau Kommerzienrat, die die lange Hochzeitsreise gemacht, schien ihr zu imponieren.

Kongresse und Versammlungen.

K. Schlusssitzung der Haus- und Grundbesitztagung. In der Schlusssitzung der Delegiertenversammlung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine verlangte in der Aussprache H. Estermann, Wiesbaden, daß von der Hauszinssteuer nicht nur der zahlungsunfähige Mieter, sondern auch der notleidende Hausbesitzer, insbesondere Witwen und Waisen freigelassen würden. Landtagsabgeordneter H. H. H. meinte, die städtischen Etats würden gesund sein, wenn man sie von dem Bauprogramm befreite. In seinen Schlussworten wies Abgeordneter Padenborff darauf hin, daß alle Parteien sich mehr und mehr mit dem Gedanken befreundeten, die Zwangswirtschaft zu beseitigen.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Achtstündige Arbeitszeit.) Im Ruhrgebiet sind die Arbeitgeber der Aufforderung der Kommunisten, die Arbeit eine Stunde vor Ablauf der bisherigen Schichtzeit niederzulegen und die frühere Ausfahrt zu erzwingen, nicht gefolgt. Soweit bekanntgeworden ist, wurde auf allen Schichten die 8 stündige Schicht verfahren. Zu Aufrührungen ist es nirgends gekommen.

Spiel und Sport.

Sp. Start zur Deutschlandfahrt. In Köln starteten die zahlreichen Teilnehmer an der Deutschlandfahrt, die sich über eine Strecke von 3000 Kilometer erstreckt und 12 Tage dauert. Kurz vor Andernach brach dem Teilnehmer Fontaine aus Essen in voller Fahrt die Verbindungsstange mit dem Weiwagen. Der Fahrer kam unter den Weiwagen zu liegen und wurde mit Rippen- und Schulterblattbrüchen in das Krankenhaus in Andernach übergeführt.

Sp. Neuer 5000-Meter-Weltrekord. Bei einer Hallenveranstaltung im New Yorker Madison Square Garden verbesserte der Finne Ritola den von seinem Landsmann Nurmi mit 14:28,6 aufgestellten Weltrekord im Laufen über 5000 Meter auf 14:25,2. Ein 1000-Meter-Laufen sah den Amerikaner Joe Ray in 2:29,6 (amerikanischer Rekord) siegreich, während Nurmi ein 2-Meilen-Laufen in der glänzenden Zeit von 9:14,2 an sich brachte. Der italienische Meistergeher Ugo Frigerio mußte in einem 1 1/2-Meilen-Gehen eine unerwartete Niederlage durch den Amerikaner Granville hinnehmen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Trotz seines Geständnisses freigesprochen. Der ungewöhnliche Fall, daß ein Angeklagter, obwohl er ein umfassendes Ge-

ständnis abgelegt hatte, für nichtschuldig befunden und freigesprochen wurde, ereignete sich vor dem Amtsgericht Charlottenburg. Der Postkassierer A. war der Unterschlagung von 35 Mark beim Postamt Berlin W. 15 beschuldigt worden und hatte sowohl bei der Polizei als auch bei der Oberpostdirektion ein Geständnis abgelegt. In der Verhandlung widerrief er das jedoch und behauptete, daß er es nur getan habe aus Furcht, länger in Haft zu bleiben. Man habe ihm gedroht, daß er nicht freigelassen werde, solange er nicht gestehe. Da seine Frau krank war, habe er erklärt: „Dann will ich sagen, was Sie wollen.“ So sei das Geständnis zustande gekommen, aber es sei nichts davon wahr. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß er die Selbstbeschuldigung aus Angst gemacht habe, und sprach ihn, da das Belastungsmaterial auch sonst nicht ausreichte, entgegen dem auf 1 1/2 Jahre Gefängnis lautenden Antrage des Anwalts frei.

§ Begnadigte Mörder. Die vom Schwurgericht Berlin I wegen Ermordung des Schneidermeisters Albach zum Tode verurteilten drei Hofsänger sind zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Ein vierter Mitschuldiger war bereits vom Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Die Muttat der vier Hofsänger hatte seinerzeit großes Aufsehen erregt.

§ Todesurteil. Das Schwurgericht Hildesheim verurteilte den 21-jährigen Dienstmädchen Rudolffsen zum Tode. Er hatte auf dem Heimwege vom Jahrmarkt ein 18-jähriges Dienstmädchen, weil es ihm nicht zu Willen sein wollte und mit Anzeige drohte, erschlagen.

§ Beginn des Hagenschieß-Prozesses. Vor dem Schöffengericht in Karlsruhe begann der auf 14 Tage berechnete sogenannte Hagenschieß-Prozess, der bereits mehrfach den Badischen Landtag beschäftigt hat. Angeklagt sind sechs Personen, die sich bei dem Hagenschieß-Unternehmen, einer groß angelegten Wohnungsflehtung im Walde bei Forstheim, der Verletzung, des Betruges, des unlauteren Wettbewerbs, der Preistreiberie oder der Begünstigung schuldig gemacht haben sollen.

§ Wieder ein französisches Kriegesgerichtsverfahren. Das Wehrkriegsgericht verurteilte im Abwesenheitsverfahren den deutschen Leutnant May vom 495. Infanterieregiment zu zwei Jahren Gefängnis und zweihundert Frank Geldstrafe, weil er beim Rückzug im November 1918 in den Ardennen französische Einwohner mißhandelt und Häuser geplündert haben soll.

Börse und Handel.

*** Börsenbericht.** Die Geschäftstille hält weiter an; da es an Kaufaufträgen fast völlig fehlte, bewirkten die durchaus nicht zahlreichen Verkaufsaufträge teilweise nicht unerhebliche Kursrückgänge. Versäumnend wirkten ersichtlich die neuen Steueranträge der Regierung. Am Markt der inländischen Anleihen war das Geschäft etwas lebhafter, man führte diese Belebung auf Deckungskäufe der Spekulation zurück. Am Geldmarkt läßt sich wieder eine gewisse Ausspannung beobachten, die aber bald

börser sein dürfte; tägliches Geld war zu 9-12 %, monatliches Geld zu 11-13 % erhältlich.

*** Devisenbörse.** Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 19,97 bis 20,02; holl. Gulden 167,54-167,96; Danz. 79,20-79,40; franz. Frank 21,10-21,16; belg. 21,00-21,06; schweiz. 80,64-80,84; Italien 16,71-16,75; schwed. Krone 113,04 bis 113,32; dän. 74,96-75,14; norw. 63,87-64,03; tschech. 12,43-12,47.

*** Schließung der Berliner Börse am Mittwoch.** Wegen der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten bleibt die Berliner Börse, nach Beschluß des Börsenvorstandes, am Mittwoch, den 4. März, für jeden Verkehr geschlossen.

*** Kartoffelnotierungen.** pro 50 Kilogramm Erzeugerpreise ab märkischen Vollbahnstationen. Speisekartoffeln: weiße 2,20, rote 2,40, gelbschleissche 3,00 Reichsmark.

*** Heu- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark):** Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1,10 bis 1,35; desgleichen Haferstroh 0,85-1,15, desgleichen Weizenstroh 1,00-1,25, Roggenlangstroh 1,25-1,55, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1,00-1,25, Häcksel 1,30-1,55, handelsübliches Heu 2,25-2,55, gutes Heu 3,30-3,65, Mischheu lose 1,80-2,20, Kleeheu. lose —.

*** Futtermittelnotierungen.** Die Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, Fracht und Gebinde gehen zu Käufer's Lasten, war am 3. März: für 1. Qualität 2,04 Mark, 2. Qualität 1,90 Mark, abfallende Qualität 1,55 Mark für 1 Pfund.

*** Produktbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	3. 3.	2. 3.		3. 3.	2. 3.
Weiz., märk.	257-265	258-266	Weizfl. f. Brl.	14,4	14,4-14,5
pommerscher	—	—	Roggl. f. Brl.	14,5	14,7-14,8
Rogg., märk.	250-254	250-255	Naps	390-395	390
pommerscher	—	—	Veitsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbf.	27-32	27-32
Futtergerste	215-235	215-235	fl. Speiseerb	20-22	20-22
Braugerste	250-263	252-265	Futtererbjen	19-21	19-21
Hafer, märk.	186-193	186-193	Kelchsch.	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	19-21	19-21
westpreuß.	—	—	Widen	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,2-13,7	12,2-13,7
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16
Wln. br. infl.	—	—	Geradella	14,2-16,0	14,2-16,5
Sack (feinst.)	—	—	Napskuchen	17,8	17,8
Wrt. u. Not.	35,5-37,7	35,5-37,7	Leintuchen	23-23,5	23,3-23,4
Roggenmehl	—	—	Trockenschf.	9,2-9,4	9,2-9,4
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Zudschn.	—	—
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	9,4-9,5	9,4-9,5
infl. Sack	34,7-37,2	35-37,2	Kartoffelsf.	19,7-19,8	19,8-19,9

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Turnverein Kierspe e. V.
Am Sonntag, 8. März
cr. nachm. 5 Uhr im
Vereinslokal Hotel
Berliner Hof
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Jahresbericht u. Rechnungsablage.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Genehmigung des neuen Statuts.
4. Festangelegenheiten.
5. Austausch eines Platzes mit der Gemeinde zwecks Bau einer Jugendherberge.
6. Verschiedenes.
Bei Beschlussfähigkeit findet die 2. Versammlung am selben Tage um 6 Uhr statt.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet bringend
Der Vorstand.
Erhalten in den nächsten Tagen einen Wagen
Runkelrüben
und erbitten Bestellungen.
Ferner haben wir vorrätig auf Lager:
Prima
Gaas-Hafer
und empfehlen diesen zu d. billigsten Tagespreisen.
Bürger & Lausberg,
Halver, Tel. Nr. 326.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

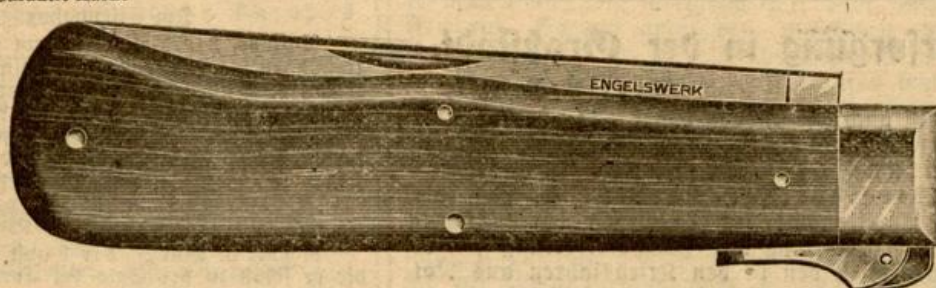


spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel.

Hautjucken, Krätze,
flechten alle Hautleiden
auch Pikel und Mitesser, Jucken verschwindet
sofort. Einfaches Mittel.
Ankunft gegen Rückporto gerne umsonst.
Walter A. Althaus
Heiligenstadt
(Eichsfeld) S. 45.



Als Reklame mit Ihrem oder beliebigem anderen Namen
in Goldschrift und mit magnetischer Klinge, portofrei per
Nachnahme ausnahmsweise zu beistehenden Preisen:



Nr. 90 Schönes, gutes **Taschen-Schlacht- oder Brotmesser**
(sog. Schließmesser). Die geöffnete Klinge kann nur geschlossen werden durch Druck auf den zurückgelegten Hebel nur Mk. 1.80
Nr. 58 Ähnliches Messer, aber Klinge nicht feststehend Mk. 1.30
Nr. 59 Ähnlich wie Nr. 58, aber mit Ring zum Auf- oder Anhängen am unteren Ende des Hefes nur Mk. 1.35

Preisliste über

Rasiermesser, Taschenmesser, Scheren, Tischmesser und Gabeln usw. umsonst und portofrei.

Schleifen und reparieren auch solcher Stahlwaren, die nicht aus meiner Fabrik stammen, sauber und billig.

Stahlwarenfabrik Engelswerk in Föche bei Solingen.

Kleider-Stoffe
Mäntel-und
Kostüm-Stoffe
S A M T

Lindener Ware 70 u. 90 cm breit

empfiehlt

August Vollmerhaus,
Kierspe-Bahnhof.

Versand von Erstlingsaussteuern!

Aussteuer für 10 Mk.

postfrei unter Nachnahme.

- 4 Erstlingsjackchen
- 4 Erstlingshemdchen
- 4 Mullwindeln
- 1 Außenwindel
- 1 Wickelband
- 1 Paar Armbindchen

Aussteuer für 20 Mk.

postfrei unter Nachnahme.

- 6 feine Erstlingsjacken
- 6 feine Erstlingshemdchen
- 6 Mullwindeln
- 1 Aussenwindel
- 1 Wickelband
- 1 Paar Armbindchen
- 3 Nabelbinden

Sämtliche Artikel in anerkannt guten, soliden Qualitäten.
Der Versand erfolgt per Nachnahme, portofrei! Bestellen Sie sofort mit Postkarte! Ferner führe als sehr preiswert:
Taufkleiden von 4 Mk. an, Gummianterlagen von 3.60 Mk. an, Seid. gestrickte Jackchen v. 1.50 an, Nessel f. Windeltücher 49 u. 60, Hemdentuch m. 65, 75, 90.

Kauf- u. Versandhaus **J. B. Strodel, Lüdenscheid 507.**

Holzverkauf.

Am Samstag, den 7. März d. J. nachm. 1/2 Uhr sollen in Schlammfack etwa 50 Fhm. Tannen 2.-4. Klasse, anschließend im Branten etwa 10 Festmeter Eichenstammholz, 3 Uhr in Heedholz etwa 80 Nummern Tannen 3.-6. Klasse öffentlich verkauft werden. — Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Das Presbyterium
der evgl. Kirchengemeinde Meinerzhagen.

Für Landwirte!

Fertige
Tragetücher

Stück 2.50
empfiehlt

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Theater-Verein „Edelweiss“ Oeckinghausen

veranstaltet am **Sonntag, den 8. März nachmittags 6 Uhr**
im Saale des Herrn O. Gehfeld
Oeckinghausen



humoristischen BALL.

Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

:: Eintritt 60 Pfg. ::

Frischen Fisch
empfiehlt

Fritz Bangert,
Halver

Gebrauchter
Kinderwagen

Weidenkorb mit Gummiräder preiswert
zu verkaufen.
Zu erfragen in d. Gesch.
d. Allg. Anz. Halver.

Suche per sofort oder
später einen jüngeren

Ackergehilfen
nicht unter 18 Jahren.

Feldmann,
Hertweg.

Telefon 214, Amt Halver.

Wir suchen sofort oder
in 14 Tagen geübte

Pedalachsen-
schmiede

u. Pressenarbeiter

Becker & Co.,
G. m. b. H.

Halver.

Thomasmehl
Kali 42%

empfiehlt
Otto Ohler,
Dhl-Rönsahl.

Für sofort ein tüch-

tiges, sauberes
Mädchen

bei monatl. Vergütung
bis 50 Mk. gesucht.

Näheres zu erfra-

gen in der Geschäftsst. des

Allg. Anz. Halver.

Wir suchen zum bald-

igen Eintritt einige

jugdl. Arbeiter

bei dauernder, lohnender

Beschäftigung.

Dresbach & Cie.
Halver i. W.

Erhalte Donnerstag
tragende
Rühe

Robert Hüffer
Scholksmühle,
Fennuf 227.